

JAN STANKOVSKY

Die CSFR auf dem Weg zur  
Marktwirtschaft: Chancen für Österreich

51

JAN STANKOVSKY

Die CSFR auf dem Weg zur  
Marktwirtschaft: Chancen für Österreich

Vortrag anlässlich des Wirtschaftsforums Pödebrady

am 4. Oktober 1991

WIFO-Vorträge, 1991, (51)

JAN STANKOVSKY

## **Die CSFR auf dem Weg zur Marktwirtschaft: Chancen für Österreich**

### *Einleitung*

Im ersten Teil meines Beitrages werde ich mich mit den Problemen befassen, mit welchen die CSFR auf dem Weg zur Marktwirtschaft konfrontiert ist. Diese Frage ist auch aus österreichischer Sicht von großer Bedeutung, weil unser nördlicher Nachbar nur mit einer erfolgreichen Transformation zu einem wachsenden Markt und zahlungsfähigen Partner wird. Der zweite Teil ist den Fragen bilateraler Wirtschaftsbeziehungen gewidmet.

### **1. Die CSFR auf dem Weg zur Marktwirtschaft**

Vor zwei Jahren, im Herbst 1989, wurde in der Tschechoslowakei das alte Regime zu Grabe getragen. Die Änderung des politischen Systems, der Übergang zur parlamentarischen Demokratie, ist überraschend gut gelungen. Die Wiedereinführung der Marktwirtschaft erweist sich als viel schwieriger als die politischen Reformen.

Die Einschränkung der politischen Freiheit und die daraus resultierende Entfremdung hatten in der CSFR eine Ablehnung des alten Regimes durch den Großteil der Bevölkerung zur Folge. Den Zusammenbruch verursachte aber nicht ein Freiheitskampf, sondern die unzureichende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Planwirtschaft. Der Kommunismus hat gerade dort versagt, wo er den Kapitalismus herausfordern und übertreffen wollte – in der Wirtschaft. Die Bevölkerung der CSFR erwartet sich vom Systemwechsel eine bald einsetzende Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Diese – kurzfristig nicht erfüllbaren – Erwartungen sind für die politische Führung eine beträchtliche Belastung, sie sind auch eine der Quellen für die nationalen Konflikte.

Die Schwäche des östlichen Systems kann an einem Vergleich der CSFR mit Österreich demonstriert werden. Sowohl vor dem Zweiten Weltkrieg (1937) als auch unmittelbar nach dessen Ende (1947) hatten beide Länder etwa denselben Lebensstandard (gemessen am Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf); nach dem Kriegsende war die Startposition der CSR sogar viel besser als jene Österreichs. 40 Jahre

später jedoch erreicht das BIP pro Kopf der CSFR nur noch höchstens die Hälfte, wahrscheinlich aber nur ein Drittel des Wertes von Österreich.

Die Änderungen in der Wirtschaft sind nicht nur schwieriger als jene in der Politik, sondern auch kontroversieller. Über die grundsätzlichen *Zielsetzungen* sind sich fast alle relevanten politischen Gruppen einig: Beseitigung der Planwirtschaft und des Staatseigentums an Produktionsmitteln, also eine Rückkehr zur Marktwirtschaft und zum Privateigentum. Angesichts dieser weitgehenden Vorgaben ist der Begriff "Wirtschaftsreform" überholt, man sollte besser von einer *Transformation* sprechen.

*Meinungsverschiedenheiten* im Hinblick auf die Transformation bestehen in zwei Punkten:

- In bezug auf das *Zielmodell*: Die Wirtschaftssysteme westlicher Länder unterscheiden sich davon zum Teil erheblich (vgl. z. B. USA – Japan – Deutschland – Frankreich – Schweden); vor allem die Bedeutung des Staates im Wirtschaftsprozeß differiert deutlich zwischen den einzelnen Ländern, doch spielen auch zahlreiche andere Faktoren, einschließlich der Tradition, eine wichtige Rolle. Diese Frage hat vor allem insofern Bedeutung, als sie den Einfluß des Staates auf die Wirtschaft (Struktur-, Industriepolitik usw.) bestimmt.
- In bezug auf das *Tempo und die Form* (Reihenfolge einzelner Maßnahmen usw.) des *Übergangs*: Diesem Aspekt kommt in der Tat eine entscheidende Bedeutung zu.

Während in der volkswirtschaftlichen Literatur zahlreiche Studien über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vorliegen, gab es zur Transformation vom "Sozialismus" zurück zum Kapitalismus kaum Veröffentlichungen. Erst seit kurzem erscheinen zu diesem Thema zahlreiche Publikationen, wobei vor allem auf jene des Internationalen Währungsfonds hinzuweisen wäre.

### *Transformation der Wirtschaft*

Nach 40 Jahren des "realen Sozialismus", der Planwirtschaft und Einbindung in die östliche Wirtschaftsgemeinschaft (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) sind im Zuge des Übergangs zur Marktwirtschaft tiefgreifende Änderungen nicht nur des Wirtschaftssystems und der Wirtschaftsstruktur, sondern auch des gesamten Gesellschaftssystems erforderlich. Die Transformation umfaßt somit folgende *Bereiche*:

- Stabilisierung der Volkswirtschaft,
- Änderung des Wirtschaftssystems,
- Privatisierung,
- Schaffung neuer legislatischer und institutioneller Grundlagen,
- Änderung der Verhaltensweisen und Erwartungen der Wirtschaftssubjekte,

- Änderung der Wirtschaftsstruktur,
- Anpassung an geänderte internationale Rahmenbedingungen,
- Aufbau eines Netzes der Sozialen Sicherheit.

### *Beginn der Transformation*

Die Transformation zur Marktwirtschaft sollte mit einem "Mindestpaket" an Maßnahmen ("minimum critical size of bang", "minimum bang")<sup>1)</sup> eingeleitet werden. Sie sind notwendig, um die marktwirtschaftlichen Mechanismen (Wettbewerb, rationales Preissystem) in Gang zu setzen. Dazu zählen:

- Verselbständigung der Unternehmen (nicht notwendigerweise eine sofortige Privatisierung), insbesondere Beseitigung von Betriebssubventionen ("hard budget constraint") und Freiheit in wichtigen Marktentscheidungen ("Warenkonvertibilität"),
- Preisliberalisierung,
- Außenhandelsliberalisierung,
- Währungskonvertibilität (für Waren, nicht für Kapital).

Für einen *schnellen* (nicht unbedingt radikalen) Übergang spricht die Gefahr schwerer Schäden während der Übergangsperiode, in der das alte System nicht mehr und das neue noch nicht funktioniert (wie etwa in der UdSSR). Die Verhaltensweisen der Unternehmen und der Arbeitnehmer werden sich nur mit einer klaren und eindeutigen Änderung der Rahmenbedingungen rasch an die neue Situation anpassen. Ausländische Investoren werden in ausreichender Zahl nur dann ins Land kommen, wenn sie keinen wesentlichen Einschränkungen unterworfen sind.

In der CSFR wurde die Transformation im Jahr 1990 durch eine Stabilisierung und Schaffung wichtiger legislatischer Grundlagen vorbereitet. Zu *Jahresbeginn 1991* wurden folgende Maßnahmen des Übergangs zur Marktwirtschaft in Kraft gesetzt (sie entsprechen den oben genannten Empfehlungen):

- Liberalisierung fast aller Preise (ausgenommen Mieten, Brennstoffe für den Haushalt, Massentransport, vorübergehend einige Lebensmittel);
- Liberalisierung des Außenhandels:

---

<sup>1)</sup> Williamson, J., *The Economic Opening of Eastern Europe*, Washington, D. C., 1991.

- Alle Unternehmen sind berechtigt, Exporte bzw. Importe durchzuführen; die Importbeschränkungen wurden weitgehend beseitigt.
- Inländerkonvertibilität der Krone: Exporteure müssen ihre Devisenerlöse abführen, für alle Warenimporte werden aber Devisen zur Verfügung gestellt. Die Einschränkung der Konvertibilität dient dazu, eine mögliche Kapitalflucht zu erschweren.
- Die Betriebe (Unternehmen) sind für ihr wirtschaftliches Schicksal selbst verantwortlich. Sie können nicht mehr mit staatlichen Subventionen rechnen.
- Festsetzung eines realistischen Wechselkurses.

### *Volkswirtschaftliche Stabilisierung*

Die volkswirtschaftliche Stabilisierung ist einer der wichtigsten, allerdings auch ein sehr kontroversieller Aspekt der Transformation. Die alten Regierungen haben in ganz Osteuropa erhebliche "Altlasten" zurückgelassen, die sich im Übergang zur Marktwirtschaft als besonders hemmend erweisen. Dies gilt vor allem für die versteckte Inflation (nicht gedeckte Kaufkraft, "monetärer Überhang") und hohe Budgetdefizite (verursacht durch Subventionen an Betriebe oder Verbraucher). Während diese Ungleichgewichte in einer Planwirtschaft (zumindest vorübergehend) unterdrückt werden können, kommen sie im Übergang zur Marktwirtschaft voll zum Vorschein. Aus diesem Grund setzt die Transformation zur Marktwirtschaft eine volkswirtschaftliche (makroökonomische) *Stabilisierung* voraus. Wünschenswert ist eine Stabilisierung *vor* Beginn des Übergangs, doch ist dies aus innenpolitischen Gründen nicht immer möglich. Deshalb muß die Stabilisierung zumindest *gleichzeitig* mit der Transformation eingeleitet werden.

Eine *Kombination der Stabilisierung und der Transformation* hat aber fast unweigerlich einen wirtschaftlichen Schock zur Folge. Eine "*Schocktherapie*" ist keine Willkür monetaristischer Theoretiker – wie manchmal behauptet wird –, sondern eine schmerzhaft, aber unausweichliche Therapie für Länder, die sich in einer schweren Krise befinden. Dies trifft vor allem für Polen zu. Wenn die Voraussetzungen für eine ernstzunehmende Transformation geschaffen sein werden, wird auch in Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien und der Sowjetunion – bzw. deren Folgestaaten – eine Schocktherapie kaum zu umgehen sein. Eine Verzögerung verschlechtert nur die Situation, wie das Beispiel der Sowjetunion zeigt.

In Ländern, in welchen die wirtschaftlichen Ungleichgewichte relativ gering sind, kann auch die "Schocktherapie" milder sein. Die radikale Überführung der Wirtschaft der früheren DDR in das westdeutsche Wirtschaftssystem ist nicht mit wirtschaftlichen, sondern ausschließlich mit politischen Argumenten zu erklären: Die Deutschen haben die (damals nur als kurz erscheinende) Chance für eine Wiedervereinigung genützt.

In der CSFR war die Ausgangssituation günstiger als in den meisten anderen Oststaaten. Die Auslandsverschuldung der CSFR (8 Mrd. \$) ist, im Vergleich zu Polen (47 Mrd. \$) oder Ungarn (20 Mrd. \$), relativ niedrig. Der Kaufkraftüberschuß der CSFR war geringer als jener in Polen. Im Jahr 1990 – also noch vor Beginn der Transformation – ist es der CSFR gelungen, einen großen Teil der Subventionen abzubauen und ein ausgeglichenes Budget zustandezubringen.

Im Vergleich zu Polen oder der DDR kann das zu Jahresbeginn 1991 in der CSFR eingeführte Maßnahmenpaket keineswegs als eine "Schocktherapie" bezeichnet werden. Dennoch ist im 1. Halbjahr 1991 die Industrieproduktion um 15,4% zurückgegangen, die Arbeitslosenquote stieg bis Juni auf 3,8%. Im Jahr 1991 wird eine Verringerung des Sozialproduktes um bis zu 15% erwartet. Zu den Erfolgen zählen die ausgeglichene Zahlungsbilanz, ein Budgetüberschuß im 1. Halbjahr 1991 sowie die Verringerung der Inflation von 26% (Vormonatsvergleich) im Jänner 1991 auf weniger als jeweils 2% in den Monaten April, Mai und Juni; im Juli und August waren die Preise rückläufig.

Kritiker weisen darauf hin, daß sich der Wachstumseinbruch weiter verschärfen könnte. Ein *Krisenszenario* wurde vor kurzem von Prof. Komarek und dem Prager Prognose-Institut gezeichnet. Der Regierung wird vorgeworfen, daß die Liberalisierung (des Außenhandels, der Preise usw.) sowie die Beseitigung der Subventionen zu schnell und radikal waren und daß so auch gesunden Betrieben keine Schutzfrist für eine Umstellung eingeräumt wurde. Als Folge des Produktionseinbruchs sowie der wachsenden Arbeitslosigkeit kann die Regierung das Vertrauen der Bevölkerung verlieren und so letztlich den Transformationsprozeß gefährden.

Von mehreren österreichischen Ökonomen wird in diesem Zusammenhang auf den langsamen, behutsamen Übergang von Kriegs- zu Friedenswirtschaft in Österreich hingewiesen. Die österreichischen Erfahrungen sind allerdings wegen der sehr unterschiedlichen Umstände nur mit großer Vorsicht auf die CSFR übertragbar. Ein Beispiel für viele: Mit Hilfe der Sozialpartnerschaft ist es in Österreich Anfang der fünfziger Jahre in einer besonders kritischen Situation auf Grundlage von mehreren Preis-Lohn-Abkommen gelungen, die Inflationsspirale einzudämmen. Die Sozialpartnerschaft muß sich aber auf starke, verantwortungsbewußte Gewerkschaften und mächtige Unternehmervvertretungen stützen – Voraussetzungen, die in der CSFR nicht gegeben sind.

Die meisten Nationalökonomien sind sich aber in der Ablehnung des "Gradualismus" als einer für Osteuropa geeigneten Therapie einig: "Policy makers have a natural preference for gradualism, since the swift transition to an unplanned capitalism will break up the unstructured free-for-all if consumers and producers turn to the black market and deal in Deutschmark and dollars, and those who are left out or fall behind will be radicalized. In this grey area between a control economy that no longer functions and

a market economy that is not yet fully accepted, economic collapse is inevitable; so the transition must be achieved *rapidly* if it is to stand a chance of success"<sup>2)</sup>.

### *Privatisierung, Wechselkurs, Wirtschaftsstruktur*

Zu den einzelnen Bereichen der Transformation wäre folgendes zu bemerken:

Die *Privatisierung* ist nicht als eine ideologische Vorgabe zu betrachten, sondern dient dazu, eine Vertretung der Eigentümerinteressen (des Kapitals) zu schaffen. Der Staat hat in dieser Funktion (nicht nur in Osteuropa) versagt. Die Privatisierung hat zwar für die Transformation eine entscheidende Bedeutung, in der zeitlichen Abfolge der Maßnahmen wird ihr aber in vielen Konzepten zeitlich nicht die erste Priorität eingeräumt. In diesem Zusammenhang kann darauf hingewiesen werden, daß bereits eine bevorstehende Privatisierung große Verbesserungen in den staatlichen Betrieben bewirkt (Beispiele hierfür sind Großbritannien und Österreich).

Angesichts des großen Umfangs der Privatisierung und des Kapitalmangels im Inland sind westliche Privatisierungsmodelle nur zum Teil verwendbar. Vor der Privatisierung müssen die Betriebe "entstaatlicht", d. h. in juristische Gesellschaften umgewandelt werden. Die Privatisierungsmodelle der einzelnen osteuropäischen Länder unterscheiden sich zum Teil<sup>3)</sup>, in keinem Land sind die bisherigen Ergebnisse überzeugend.

In allen Privatisierungskonzepten wird große Bedeutung dem *Auslandskapital* beigemessen. Auslandskapital wird nicht nur wegen des Kapitalmangels im Inland benötigt, sondern auch, weil nur auf diese Weise ein effizienter Management- und Technologietransfer gesichert werden kann. In einigen Ländern

---

<sup>2)</sup> Dornbusch, R., "Priorities of Economic Reform in Eastern Europe and the Soviet Union", CEPR Occasional Paper, 1991, (5).

<sup>3)</sup> In der CSFR werden zwei Privatisierungsformen angewendet:

- Im Rahmen der *kleinen* Privatisierung werden kleine und mittlere Einheiten in Auktionen versteigert. In der ersten Runde sind nur Inländer zugelassen, in der zweiten dürfen sich auch ausländische Interessenten beteiligen.
- Die *große* Privatisierung wird ab 1992 in zwei Wellen auf Grundlage eines von den einzelnen Unternehmen ausgearbeiteten und vom Privatisierungsministerium genehmigten Privatisierungsprojektes erfolgen. Die viel diskutierte, kontroversielle "Kuponmethode" ist eine der möglichen Varianten. Alle Staatsbürger der CSFR werden gegen eine Schutzgebühr (1.000 Kcs) ein Heft mit "Kupons" (Voucher) erhalten. Diese können sie in Aktien jener Betriebe umtauschen, die sich für die Kupon-Privatisierung entscheiden. Bei großem Publikumsinteresse (z. B. Bierbrauereien) wird man für die Kupons nur ganz wenig Anteile bekommen, bei geringem Interesse hingegen ein größeres Aktienpaket. Neben der Kuponmethode (die zumeist nur für einen Teil des Kapitals angewendet wird) sind andere Privatisierungsformen vorgesehen, so u. a. der Verkauf in Auktionen bzw. eine Beteiligung des Auslands.



gibt es allerdings auch einen Widerstand gegen den beabsichtigten "Ausverkauf" an das Ausland. In diesem Zusammenhang wäre darauf hinzuweisen, daß sich in Österreich mehr als 35% des Kapitals von Aktiengesellschaften im Besitz des Auslands befinden, ohne daß dies Österreich je geschadet hätte. Die österreichische Regierung unternimmt große Anstrengungen, um ausländische Investitionen ins Land zu holen.

Nach der Liberalisierung des Außenhandels muß der *Wechselkurs* die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht halten. Angesichts der unzureichenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Produkte und der hohen Nachfrage des Inlands für ausländische Produkte und Dienstleistungen (Fremdenverkehr) muß aber ein Wechselkurs festgelegt werden, der unter der "technischen Produktivität" liegt. Das Problem dabei ist, den schmalen Pfad zwischen einer zu geringen und einer zu großen Abwertung zu finden. Zahlungsbilanzdefizite im Falle einer zu geringen Abwertung lassen eine nächste Abwertung erwarten; diese Erwartung (Flucht in Importe und Devisen) erzeugt wieder einen Zwang zur Abwertung, wodurch die Abwertungserwartung gefestigt wird. Eine zu hohe Abwertung vergrößert aber den inflationären Druck, wodurch der Wettbewerbsvorteil der Abwertung verlorengeht und eine neuerliche Abwertung notwendig wird (dies dürfte in Polen der Fall sein).

Nach den bisher verfügbaren Daten dürfte es der CSFR gelungen sein, einen Gleichgewichts-Wechselkurs (28 Kcs je Dollar) zu finden. Die Zahlungsbilanz der CSFR ist ausgeglichen, der Stabilisierungskredit des Internationalen Währungsfonds mußte bisher nicht in Anspruch genommen werden. Die zur Unterstützung des Wechselkurses vorübergehend eingeführte Import-Sonderabgabe von 20% (auf Konsumgüter) konnte auf 18% bzw. später auf 15% gesenkt werden und soll bis Jahresende beseitigt werden. Der Kronenkurs ist an einen Währungskorb, zu dem auch der Schilling zählt, gebunden.

Die Formulierung und Verabschiedung der in einer Marktwirtschaft notwendigen Gesetze und Bestimmungen sowie die Schaffung der benötigten *Institutionen* (Sozialversicherung, Unternehmerverbände; Privatisierungskommissionen usw.) bedeuten ein großes Problem, da Fachleute und Erfahrungen fehlen. Der größte Vorteil der früheren DDR – neben der Finanzhilfe – besteht darin, daß sie westdeutsche Institutionen, Gesetze und Beamte übernehmen kann. Für andere osteuropäische Länder ist eine westliche technische Hilfe auf diesem Gebiet besonders wertvoll.

Ein besonderes Problem ergibt sich für die Transformation durch die *Administration*, die es nicht gelernt hat, eine Marktwirtschaft zu verwalten. Auch wenn man den Beamten die besten Absichten zubilligt, fehlt es ihnen oft an der notwendigen Qualifikation. Dies gilt z. B. für das (früher bedeutungslose) Zoll- und Steuerwesen. Aus diesem Grund sind einfache Gesetze und Regelungen unausweichlich. Die fehlenden Qualifikationen machen sich vor allem in Bereichen bemerkbar, die für die Marktwirtschaft, nicht aber für die Planwirtschaft wichtig sind (z. B. das gesamte Steuerwesen und der Bankensektor).

Vierzig Jahre Planwirtschaft haben die *Verhaltensweisen* von Unternehmen, Arbeitnehmern und Konsumenten zum Teil in einer Weise geprägt, die mit einer leistungsfähigen Marktwirtschaft nicht in Einklang zu bringen ist. Die Unternehmen hatten früher auf dem Binnenmarkt zumeist eine Monopolposition, die sie auch unter der neuen Situation zu verteidigen versuchen. Die Belegung des Wettbewerbs ist eine schwierige Aufgabe. Ein wichtiges Instrument ist dabei die Liberalisierung des Außenhandels. Für den Erfolg eines Unternehmens war in der Vergangenheit nicht seine Marktleistung, sondern der Umfang von Subventionen und Verlustabdeckungen maßgeblich. Auch diese Situation ("soft budget constraint") ist im Westen nicht unbekannt. Nur eine konsequente Ablehnung auch "gerechtfertigter" Subventionsansprüche kann diese Einstellung ändern.

Unter den Arbeitnehmern machte sich – als Folge der schlechten Bezahlung sowie der Mangelwirtschaft – zum Teil eine Einstellung zur Arbeit breit, die sich ein im internationalen Wettbewerb stehendes Unternehmen nicht leicht leisten kann<sup>4)</sup>. Auch hier werden Änderungen unerlässlich sein.

Die *Wirtschaftsstruktur* der CSFR entspricht in weiten Bereichen nicht den Erfordernissen der modernen Gesellschaft. Dies trifft vor allem für den Produktionsbereich zu, in dem die Schwerindustrie (und auch die Rüstungsindustrie) überdimensioniert ist. Die CSFR ist das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Produktion von Stahl in der Welt. Ähnliches gilt auch für den Energieverbrauch. Die Ursache für diese Überdimensionierung waren die immanenten Mängel des alten Systems, in dem wesentlich mehr an Vorleistungen (Inputs) als in vergleichbaren westlichen Industriestaaten verbraucht wurde. Der hohe Stahlverbrauch z. B. in der Maschinenindustrie erforderte neue Stahlwerke, für deren Bau aber wieder zusätzlich Stahl benötigt wurde. So entstand ein sinnloser Kreislauf von "Investitionen für Investitionen" und entsprechenden Wirtschaftsstrukturen gekommen.

Viele Industriebetriebe der CSFR sind überdies *technisch veraltet*, und dies ist eine der Ursachen für den großen Energieverbrauch. Die Unternehmen erhielten Energie in der Vergangenheit sehr billig, so daß sie nicht zu Sparmaßnahmen gezwungen waren. Für ihre Produkte fanden sie einen sicheren und wenig anspruchsvollen Markt in der UdSSR und in anderen osteuropäischen Ländern vor. Sie waren daher in der Regel an Innovationen nicht interessiert.

Die Strukturanpassung erfordert in zahlreichen Fällen die Schließung von Betrieben, so daß eine vorübergehende (strukturelle) Arbeitslosigkeit unvermeidlich ist. Ein großes Beschäftigungspotential besteht in dem weit unterentwickelten Dienstleistungssektor.

---

<sup>4)</sup> Eine Umfrage der AISA (Gruppe für unabhängige soziale Analyse) hat ergeben, daß nur 30% der Beschäftigten während der gesamten Arbeitszeit tatsächlich arbeiten, 41% arbeiten während der "Mehrheit" der Arbeitszeit, 16% mehr als die Hälfte, 7% etwa die Hälfte und 3% nur ganz wenig (Einschätzung der Befragten in bezug auf die Lage auf ihrem Arbeitsplatz).

Ein anderer Aspekt der Strukturanpassung ist die Betriebsgrößenstruktur. In der CSFR ist die durchschnittliche Betriebsgröße viel höher als im Westen. Hier wird es vor allem auf die Schaffung neuer kleiner und mittlerer Unternehmen ankommen.

### *Integration der CSFR in die internationale Wirtschaft*

Im Zuge der Anpassung an die geänderten internationalen Rahmenbedingungen ergeben sich Probleme vor allem durch die Auflösung der früher engen Wirtschaftsverflechtung mit der UdSSR, zum Teil auch mit anderen Ländern Osteuropas. Ein wichtiges Ereignis war der Übergang zu Weltmarktpreisen für Brennstoffimporte aus der UdSSR zu Jahresbeginn 1991. Ein Erdölpreis von 30 \$ je Barrel oder mehr, wie er zu Beginn der Golfkrise möglich erschien, hätte in der CSFR eine schwere Krise ausgelöst. Nachdem sich der Erdölpreis auf einem viel niedrigeren Niveau stabilisiert hatte, konnte die CSFR damit rechnen, den Erdölshock ohne allzu große Verluste zu bewältigen.

Unerwartete Schwierigkeiten hatte aber der Zusammenbruch des sowjetischen Marktes zur Folge. Um eine Zahlungsbilanzkrise zu vermeiden, kürzte die Sowjetunion ihre Importe – insbesondere die Einfuhr aus Osteuropa – radikal. Nach Schätzung des Statistischen Amtes wurde der Rückgang der Industrieproduktion im 1. Halbjahr 1991 zur Hälfte bis zu zwei Dritteln durch den Ausfall der Lieferungen in die Sowjetunion und andere Oststaaten verursacht. Derzeit sind Bemühungen im Gange, mit einzelnen sowjetischen Republiken und Regionen Lieferverträge abzuschließen bzw. zu Gegengeschäften überzugehen.

Ein schwerer Schlag für die CSFR war auch der Ausfall der Lieferungen in die DDR. Während der Zusammenbruch des sowjetischen und des ostdeutschen Marktes weitgehend außerhalb des Einflussesbereichs der Wirtschaftspolitik lag, hätte für eine Aufrechterhaltung des Warenaustausches innerhalb Osteuropas – insbesondere mit den Reformstaaten Ungarn und Polen – mehr getan werden können. Nützlich wäre die Vereinbarung einer Zollunion bzw. einer Freihandelszone. Eine Zahlungsunion (nach dem Vorbild einer vergleichbaren Institution im Nachkriegseuropa) – die ebenfalls diskutiert wird – wäre hingegen angesichts der bereits erreichten Konvertibilität wenig sinnvoll. Sie hätte nur dann einen Zweck, wenn sich auch die UdSSR beteiligte, doch dazu hat wieder die Sowjetunion keinen Grund.

Die CSFR ist bemüht, den Ausfall des Ostmarktes durch eine Ausweitung der *Exporte in den Westen* auszugleichen. Auf kurze Sicht ist dies aber ein schwieriges Unterfangen. Eine Analyse der Importdaten von Österreich und Westdeutschland zeigt, daß die Tschechoslowakei im Export hochwertiger Waren in diese zwei Länder recht erfolgreich ist. Die Abwertung und Außenhandelsliberalisierung stimuliert also nicht die Exporte von Rohstoffen und Vorprodukten – wie vielfach befürchtet wurde –, sondern doch die Exporte der "richtigen" Güter.

Eine wichtige Voraussetzung für einen durchschlagenden Exporterfolg ist die Öffnung der westlichen Märkte, eine Integration in das internationale Wirtschaftssystem. Die ersten Schritte in diese Richtung wurden durch den Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank getan.

Mittelfristig strebt die CSFR eine *EG-Mitgliedschaft* an; sie erscheint nach einer Übergangs- und Anpassungsperiode von etwa 7 bis 8 Jahren durchaus realistisch. In den nächsten Jahren werden die Beziehungen der CSFR mit der EG durch Assoziationsabkommen geregelt, die wahrscheinlich zu Jahresbeginn 1992 in Kraft treten werden. In diesen Abkommen wird unter anderem eine Freihandelszone für Industriewaren (eine Regelung, wie sie derzeit zwischen den EFTA-Staaten und der EG besteht) mit einem asymmetrischen Zollabbau festgelegt und auch eine finanzielle und institutionelle Zusammenarbeit vereinbart. Berichten zufolge hat die EG in den Assoziationsverhandlungen – trotz politischer Zusagen – bisher nicht allzu viel Entgegenkommen gezeigt<sup>5)</sup>. Auch von den EFTA-Staaten wird ein Freihandelsabkommen mit der CSFR vorbereitet.

Der Zugang der CSFR zu westlichen Märkten wird durch das "Allgemeine Präferenzsystem" erleichtert, mit welchem einige westliche Länder ihre Zölle für Produkte aus der CSFR einseitig senken.

## 2. Die Chancen für Österreich in der CSFR

Dieser Abschnitt geht zunächst kurz auf die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für das Engagement Österreichs in der CSFR ein und behandelt dann den Bereich der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen (Außenhandel, Joint Ventures).

### *Wirtschaftliche Rahmenbedingungen*

Die Chancen Österreichs auf dem Markt der CSFR werden natürlich in erster Linie durch die Aktivitäten der österreichischen Unternehmen bestimmt. Diese Unternehmen haben dank ihrer Leistungsfähigkeit – die im überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum zum Ausdruck kommt – gute Voraussetzungen, in der CSFR im Wettbewerb mit Konkurrenten aus Drittländern zu bestehen. Die Stellung Österreichs in der CSFR wird durch die räumliche Nähe und die historischen Beziehungen unterstützt. Ein besonderer Faktor ist die Betriebsgrößenstruktur der österreichischen Wirtschaft, in welcher Klein- und Mittelbetriebe überwiegen. Diese Struktur hat den Vorteil einer hohen Flexibilität und schnellen Anpass-

---

<sup>5)</sup> "Yet the Community's generosity seems to vanish when talks turn to the industries in which the East Europeans could be most competitive, such as textiles and farming . . . Instead of opening itself wide to the brave new capitalists from the East, the EC is busy protecting Spanish clothes makers, Irish beef farmers and Scottish raspberry growers. This is crazy. Opening up to the East is not charity; it is in the West's interest" (The Economist, 3. August 1991).

sungsfähigkeit, bringt aber – vor allem wegen des Kapitalmangels – gewisse Nachteile für eine Beteiligung Österreichs an der umfangreichen Privatisierung der CSFR.

Die unternehmerischen Leistungen können zwar durch andere Faktoren nicht ersetzt, sie können aber durch sie gefördert oder aber eingeschränkt werden. Zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen zählen

- Transformation der CSFR zu einer leistungsfähigen Marktwirtschaft,
- Einbindung der CSFR und Österreichs in die europäische Integration,
- Österreichs Politik und Wirtschaftspolitik gegenüber der CSFR.

### **CSFR und Österreich in der europäischen Integration**

Den ersten Punkt habe ich ausführlich im ersten Teil meines Beitrags behandelt. In bezug auf die europäische Integration haben beide Länder dieselbe Zielsetzung, den Beitritt zur EG. Aus heutiger Sicht hat Österreich diesbezüglich einen zeitlichen Vorsprung von etwa vier bis fünf Jahren: Man rechnet mit einem Beitritt Mitte der neunziger Jahre, für die CSFR ist die zweite Hälfte der neunziger Jahre ein realistischer Termin.

Wichtig ist, für die Übergangsperiode gute Arrangements zu finden. Für die CSFR hat der bereits diskutierte Assoziationsvertrag mit der EG die größte Bedeutung. Ich persönlich bin skeptisch, ob es gelingen wird, für den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR: EG + EFTA) eine gute Regelung zu finden, die auch Ost-Mitteleuropa einbeziehen könnte. Realistischer sind hingegen die Bemühungen um einen baldigen Abschluß von Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und der CSFR (sowie auch Polen und Ungarn) einzuschätzen. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß diese Integrationsschritte durch eine Freihandelszone zwischen den drei Reformländern CSFR, Ungarn und Polen (eventuell unter Einbeziehung von Slowenien und Kroatien) ergänzt werden sollten, da es ein wirtschaftlicher Unsinn wäre, die bestehenden Handelsbeziehungen zwischen den Reformländern zu diskriminieren.

Noch eine Bemerkung zum Thema europäische Integration: Österreich hat sich für den EG-Beitritt Mitte 1989 entschlossen, zu einem Zeitpunkt also, zu welchem das geschichtliche Ende des realen Sozialismus noch keineswegs erkennbar gewesen ist. Der Umbruch im Osten hat die Europa-Ambitionen Österreichs ganz wesentlich erleichtert, da das größte Hindernis für den EG-Beitritt – die österreichische Neutralität – faktisch gegenstandslos geworden ist. Der "Avis" der EG-Kommission – die Stellungnahme zum Beitrittsansuchen Österreichs – zeigt allerdings, daß die Neutralität aus der Sicht der Gemeinschaft doch einige Probleme aufwirft. Diesbezüglich bedeutet die CSFR – die bereit ist, an allen künftigen Dimensionen der EG-Integration voll zu partizipieren – integrationspolitisch ein geringeres

Problem als Österreich. Dieser Aspekt spielt heute noch kaum eine Rolle, er könnte aber in Zukunft an Bedeutung gewinnen.

### **Die CSFR-Politik Österreichs**

Der Versuch einer Bestandsaufnahme der Bemühungen Österreichs, vorteilhafte Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsbeziehungen zur CSFR zu schaffen, liefert einen gemischten Befund.

Die Voraussetzungen für ein gutes Verhältnis zwischen den beiden Ländern sind ausgezeichnet. Alle Umfragen zeigen, daß Österreich und die Österreicher in der Tschechoslowakei beliebt sind. Dazu tragen sicher die historisch bedingten Beziehungen bei, die auch unter dem Kommunismus nicht ganz unterbrochen worden sind, ferner die österreichischen Medien, vielleicht auch die Hilfe Österreichs im Jahr 1968. Von den bei Teilen der älteren Bevölkerung in der CSFR noch bestehenden Ressentiments gegenüber den Deutschen sind Österreicher meistens ausgenommen.

Österreich hat bereits in der Zeit des Kommunismus die Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa gefördert. Es war (nach Finnland) das erste westliche Land, welches bereits 1975 die Importe von Industriewaren aus Osteuropa voll liberalisierte (freilich mit der Einschränkung des immer noch geltenden Vidieungsverfahren). Bekannt (und zum Teil recht kostspielig) ist die Beteiligung Österreichs an der Finanzierung Osteuropas, auch der CSFR. Ich bin nicht ganz sicher, ob dieses Engagement Österreich in der heutigen CSFR Pluspunkte bringt.

Nach dem politischen Umbruch in Osteuropa hat Österreich für diese Region einige beachtliche Leistungen erbracht: Hinzuweisen wäre vor allem auf die Unterstützung durch Kammern, Gewerkschaften, Banken oder die Oesterreichische Nationalbank, die man unter dem Begriff "Technische Hilfe" zusammenfassen könnte. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die zahlreichen Ausbildungsmöglichkeiten usw. zu erwähnen. Eine beachtliche innovative Maßnahme der österreichischen Wirtschaftspolitik war die Gründung des Ost-West-Fonds (im Rahmen der Finanzierungsgarantie-Gesellschaft), der durch eine Versicherung des kommerziellen Risikos die Investitionen in Osteuropa fördert und so dem Kapitalmangel der österreichischen Wirtschaft Rechnung trägt. Diese Aktivitäten werden durch jene der Bürges sowie durch Osteuropa-Programme des ERP-Fonds unterstützt.

Diese wichtigen Ansätze fanden aber keine hinreichende Fortsetzung. In den Vordergrund sind vielmehr Ratschläge zur Energiepolitik gerückt, die nicht immer sehr professionell und vor allem nicht erwünscht waren. Zeitweise wurde die österreichische Politik gegenüber der CSFR durch die österreichische Binnenpolitik überlagert. Auch die Öffnung des österreichischen Marktes gegenüber Osteuropa läßt zu wünschen übrig. Besonders schmerzlich war die Einführung von Importkontingenten für Zement, eine Maßnahme, die gegen die CSFR gerichtet ist. Auch in der Liberalisierung der Agrarimporte hätte mehr getan werden können.

Die österreichische Hilfe für Osteuropa (ohne UdSSR) wird mit knapp 10 Mrd. S oder auch 15 Mrd. S beziffert, das entspricht 2,7% bzw. 4% der gesamten Hilfe des Westens. Eine vor kurzem publizierte Untersuchung des WIFO hat allerdings gezeigt, daß diese beachtliche Zahl größtenteils aus Zusagen besteht, von welchen wieder der größte Teil nicht einer Unterstützung Osteuropas, sondern innerösterreichischen Maßnahmen – vor allem dem (geplanten) Ausbau der österreichischen Verkehrsinfrastruktur (Bahn, Ostautobahn, Grenzzollämter) – dient. In bezug auf nicht erfüllte Hilfszusagen steht freilich Österreich nicht allein da, die meisten westlichen Länder können keine besseren Ergebnisse vorweisen. Eine echte Unterstützung für Osteuropa haben bisher vor allem der Internationale Währungsfonds und die Weltbank geleistet.

Ich möchte betonen, daß die wirtschaftliche Unterstützung Osteuropas – von wenigen Ausnahmen einer humanitären Hilfe abgesehen – allein durch das wohlverstandene Interesse der Geberländer zu begründen und zu rechtfertigen ist. Dies war der Beweggrund der USA im Jahr 1947, als sie Westeuropa erfolgreich mit dem Marshall-Plan unterstützten.

### *Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und der CSFR*

Obwohl für die CSFR Österreich der dritt wichtigste Handelspartner (nach der Sowjetunion und Deutschland) ist, hat für Österreich heute der Außenhandel mit der CSFR nur geringe Bedeutung. Im Jahr 1990 entfielen nur 1,9% der österreichischen Exporte und 1,2% der Importe auf die CSFR, obwohl dieses Jahr (im Vorgriff auf die erwartete Kronenabwertung) einen Boom im CSFR-Export brachte (+73%); dieser fand keine Fortsetzung (1. Halbjahr 1991 +3,3%).

Über die Aussichten des österreichischen Außenhandels mit der CSFR kann heute nur spekuliert werden. Eine Vorstellung über das Handelspotential vermittelt ein Blick in die Vergangenheit. In der Zwischenkriegszeit war die CSR in den meisten Jahren der zweitgrößte Handelspartner Österreichs: Im Jahr 1929 betrug z. B. der Exportanteil der CSR 13,5%, der Importanteil sogar 18,1% (1937 7,2%, 11,0%). Auch aus der Sicht der CSR war in der Zwischenkriegszeit Österreich zumeist der zweit wichtigste Handelspartner (1928: Exportanteil 14,7%, Importanteil 7,4%). Noch 1947 entfielen 9,2% der österreichischen Exporte und 13,1% der Importe auf den nördlichen Nachbarn. Der Eisernen Vorhang unterbrach in den folgenden Jahren auch den Warenaustausch zu einem großen Teil.

Es wäre freilich eine Illusion zu glauben, daß die frühere Handelsverflechtung leicht und schnell wieder aufgebaut werden kann. Heute ist Österreich eng mit den westlichen Ländern, insbesondere mit den Nachbarstaaten Deutschland, Italien und Schweiz, integriert. Die CSFR wird es viel Mühe kosten, in diesen etablierten Beziehungen wieder einen Platz zu finden. Das größte Problem wird natürlich die Ausweitung der Exporte von tschechischen und slowakischen Unternehmen in den Westen sein, wobei die Zukunft nicht – wie bisher – im Export von Roh- und Brennstoffen, sondern von Industriewaren liegt. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß die CSFR bereits im ersten Reformjahr

(1990) die Exporte hochwertiger Waren in beachtlichem Umfang erweitern konnte, was die Richtigkeit des eingeschlagenen Reformweges bestätigt.

Den österreichischen Unternehmen stellt sich die Frage, mit welchen Produkten sie die größten Chancen auf dem Markt der CSFR haben. Eine gewisse Orientierung können die für diesen Vortrag vorbereiteten Statistiken liefern. Im allgemeinen werden die für eine Planwirtschaft typischen Importwaren – Inputs für die Schwerindustrie – an Bedeutung verlieren, technisch hochwertige Güter, Elektronik sowie gehobene Konsumgüter an Bedeutung gewinnen. Großer Nachholbedarf besteht in Osteuropa an Dienstleistungen – deshalb sind die Chancen im Dienstleistungsexport besonders groß. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang natürlich der Fremdenverkehr zu nennen, ferner die Exporte von Bauleistungen. Ein erheblicher Spielraum besteht im Bereich von Beratungsdiensten (Consulting, Consulting-Engineering, Steuer- und Rechtsberatung usw.).

Eine wirksame Unterstützung der Exporte sind *Direktinvestitionen* (Joint Ventures) in der CSFR, für den Export zahlreicher Dienstleistungen (Banken, Versicherungen) sind die Niederlassungen erst eine Voraussetzung der Aktivität.

Das Engagement Österreichs durch Direktinvestitionen in der CSFR kann im allgemeinen positiv beurteilt werden. Die verfügbaren Statistiken – die allerdings sehr heterogen sind und keine tiefere Analyse erlauben – zeigen, daß Österreichs Unternehmen die Investitionschancen in der CSFR gut genutzt haben. Je nach Quelle ist Österreich der wichtigste bzw. (nach Deutschland) der zweitwichtigste Joint-Ventures-Partner der CSFR.

## **Zusammenfassung**

Der Transformationskurs der CSFR ist meines Erachtens im Prinzip richtig und wird in einigen Jahren zum Erfolg führen. Während einer Übergangsperiode, die zwei bis drei Jahre dauern könnte, muß weiterhin mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Produktionsrückgang, wachsende Arbeitslosigkeit), bestenfalls mit einer Stagnation gerechnet werden. Erst nach dieser Anpassungsperiode ist ein "take-off" (schnelles Wirtschaftswachstum) möglich. Es wird aber Jahre, eher Jahrzehnte dauern, bis sich der Lebensstandard der CSFR jenem von Österreich annähert.

Die Chancen der CSFR für eine Transformation zur Marktwirtschaft könnten durch eine westliche Unterstützung, die vor allem aus technischer Hilfe (Ausbildung, Schulung usw.), Marktöffnung und Direktinvestitionen bestehen sollte, verbessert werden. Die bisherigen Leistungen des Westens sind eher enttäuschend.

Die Ausgangsposition Österreichs in der CSFR ist infolge der Leistungsfähigkeit und Flexibilität der österreichischen Wirtschaft, die durch die geographische Nähe und historische Beziehungen gefördert



wird, im allgemeinen gut. Die Chancen Österreichs auf dem tschechischen und slowakischen Markt werden vor allem vom Verlauf der Wirtschaftsreformen in der Tschechoslowakei sowie vom Engagement der österreichischen Unternehmen abhängen. Einen wichtigen Beitrag wird aber auch die Unterstützung durch die österreichische Wirtschaftspolitik leisten. Nach beachtlichen Ansätzen in der ersten Phase nach dem politischen Umbruch in Osteuropa haben die österreichischen Aktivitäten in diesem Bereich nachgelassen bzw. wurden in wenig zielführende Bahnen gelenkt. Es wäre schade, wenn durch solche Fehler und Versäumnisse die österreichische Wirtschaft in der CSFR von Konkurrenten aus Deutschland und anderen westeuropäischen Ländern verdrängt würde bzw. ihre Stellung nur in der Slowakei zu behaupten imstande wäre.

**Österreichischer Außenhandel mit Ost-Mitteleuropa im Rückblick**

	1924	1929	1937	1947	1960	1975	1980	1989	1990
<b>Export</b>									
CSFR	11,0	13,5	7,2	9,2	2,6	2,5	1,4	1,2	1,9
Polen	9,7	4,8	4,4	2,7	1,8	4,4	2,7	1,2	0,9
Ungarn	8,8	7,5	9,1	4,3	2,4	3,6	2,2	2,0	2,2
Ost-Mitteleuropa (5 Nachfolgestaaten) <sup>1)</sup>	29,5 (46,3)	25,8 (38,6)	20,7 (31,8)	16,2 (19,0)	6,8 (11,2)	10,5 (16,3)	6,2 (10,6)	4,4 (6,7)	5,0 (7,9)
<b>Zum Vergleich:</b>									
Deutschland	13,1	15,7	14,8	4,4	28,6	23,4	32,2	35,8	37,4
Andere Länder	57,4	58,5	64,5	79,4	64,6	66,1	61,6	59,8	57,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Anteil am Gesamtimport in %

	1924	1929	1937	1947	1960	1975	1980	1989	1990
<b>Import</b>									
CSFR	22,6	18,1	11,0	13,1	1,6	2,0	1,9	1,3	1,2
Polen	7,5	8,8	4,6	5,3	2,2	1,6	1,0	0,9	0,9
Ungarn	11,7	9,9	9,1	2,9	1,9	1,5	1,4	1,5	1,6
Ost-Mitteleuropa (5 Nachfolgestaaten) <sup>1)</sup>	41,8 (48,7)	36,8 (44,6)	24,7 (38,6)	21,3 (23,7)	5,7 (8,4)	5,1 (6,7)	4,2 (5,4)	3,7 (5,1)	3,6 (4,9)
<b>Zum Vergleich:</b>									
Deutschland	14,9	21,0	16,1	17,6	41,4	40,7	41,5	44,1	44,0
Andere Länder	43,3	42,2	59,2	61,1	52,9	54,2	54,3	52,2	52,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

<sup>1)</sup> CSFR, Ungarn, Polen, Rumänien, Jugoslawien.

Längerfristige Tendenzen im österreichischen Außenhandel mit der  
CSFR

	1970	1980	1990
		Mrd.S	
Werte			
Export	1,6	3,1	8,6
Import	1,8	5,8	6,4
Saldo	-0,1	-2,8	2,2
		In %	
Bedeutung			
Anteil am Gesamtexport	2,2	1,4	1,9
Ostexport	13,0	9,6	17,8
Anteil am Gesamtimport	1,9	1,9	1,2
Ostimport	19,0	18,7	16,8
Marktanteil (Anteil am OECD-Export)	7,9	7,9	15,6
		1970=100	
Dynamik: Index 1990			
Export	100,0	190,6	538,3
Import	100,0	333,5	365,5

**Längerfristige Tendenzen der Warenstruktur im österreichischen  
Außenhandel mit der CSFR**

**Export**

	Struktur			Bedeutung		
	1970	1980 In %	1990	1970	1980 In %	1990
Vorprodukte	9,6	9,2	11,5	1,2	0,9	2,3
Agrarwaren	4,7	1,6	3,6	2,2	0,5	2,0
Roh-, Brennstoffe	4,6	7,6	8,0	0,8	1,0	2,4
Industriewaren	90,7	90,8	88,5	2,4	1,4	1,8
Chemische Erzeugnisse	19,0	21,5	13,3	7,3	3,3	2,9
Bearbeitete Waren	28,9	23,0	11,8	1,6	0,9	0,7
Eisen und Stahl	11,1	3,9	1,6	2,0	0,6	0,5
Maschinen, Fahrzeuge	33,5	39,0	53,4	3,0	1,9	2,6
Konsumnahe Fertigwaren	9,4	7,3	10,0	1,5	0,7	1,4
Alle Waren	100,0	100,0	100,0	2,2	1,4	1,9

Längerfristige Tendenzen der Warenstruktur im österreichischen  
Außenhandel mit der CSFR

Import

	Struktur			Bedeutung		
	1970	1980	1990	1970	1980	1990
	In %			In %		
Vorprodukte	67,0	75,6	57,5	4,8	4,9	4,1
Agrarwaren	9,5	4,5	7,9	1,9	1,3	1,8
Rohstoffe	14,1	31,6	24,2	2,9	8,8	6,1
Brennstoffe	43,4	39,6	25,4	10,0	4,7	4,7
Industriewaren	33,0	24,4	42,5	0,9	0,6	0,6
Chemische Erzeugnisse	5,2	8,6	12,7	1,0	1,7	1,5
Bearbeitete Waren	15,1	9,1	13,2	1,3	0,9	0,8
Maschinen, Fahrzeuge	10,0	3,6	12,1	0,6	0,2	0,4
Konsumnahe Fertigwaren	2,7	3,0	4,5	0,5	0,4	0,3
Alle Waren	100,0	100,0	100,0	1,9	1,9	1,2

**Aktuelle Entwicklung des österreichischen Außenhandels mit der CSFR nach Produktgruppen (SITC-Ein- und Zweiteiler)**

**Export**

SITC	Struktur In %	Anteil am gesamten Außenhandel in %		Wachstum Veränderung gegen das Vorjahr in % 1. Halbjahr 1991
		1989	1990	
Vorprodukte	6,1	0,7	2,3	+ 225,2
Agrarwaren	3,0	1,0	2,0	+ 102,6
Roh-, Brennstoffe	3,1	0,5	2,4	+ 345,8
Erdöl-, -erzeugnisse	1,8	6,3	36,4	+ 576,9
Industriewaren	93,9	1,2	1,8	+ 62,5
Chemische Erzeugnisse	26,1	3,3	2,9	- 12,2
Organische Chemikalien	4,6	3,6	2,8	- 28,2
Anorganische Chemikalien	4,1	6,5	6,6	+ 3,3
Farbstoffe	2,2	4,8	5,6	+ 13,6
Düngemittel	4,9	15,3	9,3	- 45,3
Andere chemische Erzeugnisse <sup>1)</sup>	3,5	5,7	6,5	+ 26,6
Bearbeitete Waren	13,3	0,5	0,7	+ 52,8
Papier	2,4	0,5	0,5	+ 10,2
Waren aus mineralischen Stoffen	2,5	1,0	1,2	+ 27,6
Eisen und Stahl	1,4	0,2	0,5	+ 90,8
Metallwaren	4,3	1,0	1,7	+ 77,3
Maschinen, Fahrzeuge	44,5	1,5	2,6	+ 107,1
Kraftmaschinen	2,0	0,4	0,7	+ 81,3
Arbeitsmaschinen	11,5	2,4	5,6	+ 176,8
Metallbearbeitungsmaschinen	3,2	1,9	3,6	+ 130,0
Andere Maschinen <sup>2)</sup>	11,4	2,2	2,9	+ 48,4
Büro- und EDV-Maschinen	5,1	5,3	9,2	+ 141,1
Nachrichtengeräte	1,9	0,6	1,0	+ 86,1
Elektrische Maschinen	7,7	1,4	2,4	+ 100,9
Konsumgüter	10,0	0,9	1,4	+ 72,3
Möbel	0,6	0,6	1,8	+ 233,7
Meß- und Prüfgeräte	3,2	2,8	4,2	+ 74,3
Sonstige Fertigwaren <sup>3)</sup>	2,9	0,7	1,1	+ 66,6
Alle Waren	100,0	1,2	1,9	+ 72,5

1) Insektizide, Kleber, Sprengstoffe und andere.

2) Heiz- und Kühlanlagen, Pumpen, Zentrifugen, Hebevorrichtungen, Armaturen, Getriebe und Nichtelektrisches Zubehör.

3) Waffen, Druckerzeugnisse, Spiele, Sportgeräte, Bürobedarf, Kunstgegenstände, Schmuck, Musikinstrumente.

## Aktuelle Entwicklung des österreichischen Außenhandels mit der CSFR nach Produktgruppen (SITC-Ein- und Zweiteiler)

### Import

SITC	Struktur In %	Anteil am gesamten Außenhandel in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %	Wachstum 1. Halbjahr 1991
		1989	1990		
Vorprodukte	67,1	57,5	4,1	18,5	- 25,9
Agrarwaren	8,6	7,9	1,8	12,7	- 13,3
Fleisch	2,1	2,2	10,1	1,0	- 46,0
Molkereierzeugnisse, Eier	2,3	1,6	7,8	31,5	- 22,8
Gemüse, Früchte	1,6	1,8	1,2	4,6	- 12,7
Rohstoffe	25,8	24,2	6,1	10,8	- 19,7
Holz	14,4	15,1	15,3	0,1	- 6,5
Papierzeug	7,6	5,2	7,9	35,3	- 63,2
Mineralische Rohstoffe	1,5	2,2	5,5	38,1	- 2,0
Brennstoffe	32,8	25,4	4,7	26,1	- 34,4
Kohle, Koks	14,1	14,7	20,2	1,0	- 15,5
Erdöl, -erzeugnisse	17,8	9,7	2,8	48,2	- 53,8
Industriewaren	32,9	42,5	0,6	23,0	+ 31,1
Chemische Erzeugnisse	12,8	12,7	1,5	5,6	+ 8,0
Organische Chemikalien	5,4	3,9	3,5	30,1	- 12,1
Düngemittel	0,9	1,4	11,0	54,2	+ 53,3
Kunststoffe, Primärform	4,3	5,3	3,0	15,7	+ 16,3
Bearbeitete Waren	11,5	13,2	0,8	9,3	+ 22,1
Textilien	2,5	2,9	0,8	9,2	+ 7,8
Waren aus mineralischen Stoffen	1,6	1,5	0,9	9,0	+ 48,9
Eisen und Stahl	5,7	5,9	2,3	1,5	- 0,8
Maschinen, Fahrzeuge	5,8	12,1	0,4	99,0	+ 48,8
Metallbearbeitungsmaschinen	0,8	1,4	1,2	60,5	+ 72,5
Maschinen <sup>1)</sup>	1,0	1,8	0,4	78,8	+ 1,0
Nachrichtengeräte	0,1	2,3	1,0	2.862,2	- 22,5
Elektrische Maschinen	1,7	4,1	0,7	131,2	+ 30,8
Konsumnahe Fertigwaren	2,8	4,5	0,3	51,8	+ 91,5
Bekleidung	0,7	1,8	0,4	146,7	+ 130,4
Sonstige Fertigwaren <sup>2)</sup>	0,9	1,2	0,3	19,8	+ 54,2
Alle Waren	100,0	100,0	1,2	4,9	- 4,1

1) Heiz- und Kühlanlagen, Pumpen, Zentrifugen, Hebevorrichtungen, Armaturen, Getriebe und Nichtelektrisches Zubehör.

2) Waffen, Druckerzeugnisse, Spiele, Sportgeräte, Bürobedarf, Kunstgegenstände, Schmuck, Musikinstrumente.

Wichtige Waren im österreichischen Außenhandel mit der CSFR  
SITC 3-Steller

**Import**

	SITC	Struktur	Bedeutung in %	Wachstum	
		in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %	1.Hj. 1991
		1990	1990	1990	
Holz einfach bearbeitet	248	10,3	24,1 +	8,3	- 14,2
Erdölerzeugnisse	334	9,3	8,5 -	49,1	- 55,0
Steinkohle	321	8,2	18,5 +	3,3	- 11,7
Koks	325	6,4	33,1 -	6,1	- 20,3
Papierzeug	251	5,2	7,9 -	35,3	- 63,2
Rohholz	247	3,9	7,6 -	13,7	+ 16,2
Elektrische Maschinen	771	3,6	8,3 +	163,4	+ 21,0
Polymere des Ethylen	571	2,5	7,8 +	13,3	+ 5,9
Nachrichtengeräte	764	2,3	1,7 +	3.800,9	- 33,1
Blech aus Eisen nicht legiert	673	2,1	6,0 -	15,4	- 60,5
Mineralische Rohstoffe	278	1,7	6,3 +	16,1	+ 0,8
Gewebe aus Baumwolle	652	1,6	3,9 +	19,8	+ 12,0
Kohlenwasserstoffe	511	1,5	5,1 -	35,2	- 61,7
Rohre	679	1,5	2,4 +	46,9	+155,5
Düngemittel	562	1,4	11,0 +	54,2	+ 53,3
Walzdraht und Profile	676	1,4	2,2 +	28,1	+ 84,8
Fleisch (ohne Rindfleisch)	012	1,2	7,7 +	22,5	+ 3,1
Milch, Rahm	022	1,1	21,4 -	34,1	- 29,3
Polymere des Styrols	572	1,1	3,6 -	1,8	+ 9,8
Kunststoffe in Primärform	575	1,0	1,6 +	55,4	- 0,3



Wichtige Waren im österreichischen Außenhandel mit der CSFR  
SITC 3-Steller

Export

	SITC	Struktur in % 1990	Bedeutung in % 1990	Wachstum Veränderung gegen das Vorjahr in %	
				1990	1.Hj. 1991
Papiermaschinen	725	10,7	29,5	+1.368,2	- 58,1
Erdölerzeugnisse	334	7,0	47,1	+ 582,5	- 84,5
Datenverarbeitungs- maschinen	752	4,9	13,0	+ 155,0	+130,2
Spezialmaschinen	728	3,9	2,7	+ 6,4	- 11,4
Schalter, Stecker	772	2,8	3,6	+ 74,9	- 20,5
Heiz- und Kühlanlagen	741	2,5	4,4	+ 52,4	+ 18,3
Prüf- und Analyseinstrumente	874	2,4	4,2	+ 71,6	+ 18,6
Elektrische Geräte	778	2,4	4,3	+ 110,8	- 31,6
Spanabhebende Werkzeug- masch.	731	2,0	5,7	+ 141,2	- 5,2
Versch. chem. Erzeugnisse	598	2,0	7,9	+ 25,4	+ 22,3
Anorganische chem. Elemente	522	1,9	9,2	- 3,6	- 19,7
Armaturen	747	1,7	6,8	+ 57,0	- 22,2
Nachrichtengeräte	764	1,6	3,2	+ 58,3	+100,4
Düngemittel	562	1,6	9,3	- 45,3	- 62,4
Teile v. Büro- u. EDV-Masch.	759	1,4	4,1	+ 71,9	+200,4
Werkzeuge	695	1,4	2,9	+ 26,3	+ 0,4
Nichtelektrische Maschinen	745	1,3	3,8	+ 84,1	+ 60,1
Pigmente, Farben	533	1,3	5,5	+ 12,1	+ 16,4
Möbel	821	1,2	1,8	+ 233,7	+ 23,4
Kompressoren, Zentrifugen	743	1,2	2,6	+ 207,5	- 14,0

Österreichische Leistungsbilanz mit der CSFR 1989

	Export	Import Mill. S	Saldo
<u>AH lt. Zahlungsbilanz</u>	5.245	6.348	- 1.103
AH nach Ursprungs- und Bestimmungsländern	5.010	6.735	- 1.725
Mittelbarer AH (netto) <sup>1)</sup>	- 130	- 250	+ 120
AH nach Handelsländern	4.880	6.485	- 1.605
Transithandel netto	505	-	+ 505
Adjustierungen	-140	-137	- 3
<u>Dienstleistungen</u>	2.022	798	+ 1.224
Reiseverkehr	954	176	+ 778
Kapitalerträge	707	197	+ 510
Ausgangsfrachten	82	-	+ 82
Provisionen	40	91	- 51
Bau	17	109	- 92
Sonstige Dienstleistungen	143	130	+ 13
Andere Dienstleistungen <sup>2)</sup>	79	95	- 16
<u>Transferleistungen</u>	35	103	- 68
Gastarbeiter	-	1	- 1
<u>Leistungsbilanz (o. NIWODUL)</u>	7.302	7.249	+ 53
(NIWODUL lt. OeNB)	637	30	+ 607
<u>Leistungsbilanz OeNB</u>	7.939	7.279	+ 660

1) Differenz zwischen AH nach Ursprungs- und Bestimmungsländern und AH nach Handelsländern.

2) Versicherungsgeschäfte, Patente und Lizenzen, Autorenrechte, Filmzahlungen, Veredelungs- und Ausbesserungsverkehr, diplomatische Vertretungen, Honorare und Post-, Telegrafien- und Telefongebühren.